

Geleitet durch ...
Kommunikationspreis ...
Die neue Welt ...



Informationsblätter ...
Interests ...
Abonnement ...

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
 und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Organisierte als Vagabonden.

In den nächsten Jahren, vielleicht während der bereits im Auge begriffenen wirtschaftlichen Krise, sollen die Arbeiterstraßen gebaut werden, die vor zwei Jahren nach langem Zögern und Wägen vom preussischen Landtage genehmigt worden sind. Es handelt sich um die drei Kanäle zwischen Rhein und Weiser, zwischen Berlin und Cottbus und an der unteren Rabe, sowie um Regulierung der mittleren Oder bis Drosau und um Erweiterung und Vertiefung des Nord-Ostsee-Kanals. Tausende von Arbeitern werden bei diesen Bauten beschäftigt werden. Für die Annahme der Arbeiter und ihre Beschäftigung hat das Ministerium der öffentlichen Arbeiten „Grundzüge“ erlassen, bei deren Durchsicht man immer wieder auf die Weberschrift stößt, um sich zu vergegenwärtigen, ob denn diese zum Teil schon unangenehmen Vorzeichen wirklich im Jahre 1907 erfüllt worden sind, oder ob nicht der alte Zeitungsleibstock aus dem Jahre 1799 eine 1907 gefälscht hat.

Der oberste Grundsatze der „Grundzüge“ ist der, „schlechte Elemente“ fernzujubeln. Was ein Geheimratsherr nur erweisen kann, um durch Nachschneiferei über die Persönlichkeiten der sich meidenden Arbeiter dieses Ziel zu erreichen, ist in den „Grundzügen“ sein paragrafenhaft zum Ausdruck gebracht. Gleich der einleitende Satz des ersten Abschnittes, der von der Annahme der Arbeiter handelt und den Untertitel führt „Verfahren zur Fernhaltung ungeschickter Elemente“ läßt sich ablesen, denn er sagt, möglichst fern von den wesentlichen der Vorarbeiten der „Arbeiterstraßen“ Verordnungen vom 21. Dezember 1886, soweit sie die Annahme der Arbeiter betreffen. Erstzig Jahre der industriellen und politischen Entwicklung sind für den tgl. preuss. Geheimrat, der die „Grundzüge“ ausgearbeitet hat, aus dem Steinen gestrichen. Sollte man ihn, den Geheimrat, nach vornehmlichem Rezept behandeln, so würde er sich das gerührt mit Recht sehr energisch widersetzen; der Arbeiter dagegen soll sich das bieten lassen müssen. Doch bei den Vorarbeiten von 1886 hat es nicht einmal sein Verwenden. Was inzwischen politische Schematismus, politische Gefühlsregungen und burokratische Haarpalasterei ausgekostet haben, wird zwecks „Fernhaltung schlechter Elemente“ mobil gemacht.

Hören wir, wie die Annahme von Arbeitern vor sich geht. Der Unternehmer, dem der Bau einer Kanalstrecke von der Regierung übertragen worden ist, darf nicht etwa selbst oder durch einen beliebigen Beauftragten, etwa durch einen Schachtmutter, die Arbeiter einstellen, sondern das darf man geschieden durch einen der Bestätigung seitens der Regierung unterliegenden „zuverlässigen Beamten“. Die Schachtmutter werden ausdrücklich dabel ausgeschlossen. Der „zuverlässige Beamte“ hat die Pflicht, offenbar schlechte Elemente (Randkreditor und dergleichen) ohne weiteres abzuweisen. Hat ein Arbeiter diese erste Siebung überstanden, ist er also „vorläufig angenommen“, so heißt es im Arbeitsbuch und muß sich auf seine Gesundheit und Ar-

beitsfähigkeit vom Streckenarzt untersuchen lassen. Der Arzt schreibt den Befund ins Arbeitsbuch ein. Das ist die zweite Siebung. — Dann geht der „vorläufig Angenommene“ mit dem Buch zum Streckenbann, legt dieses Buch und Legitimationspapiere vor und läßt sein Nominale vom Streckenbann ins Arbeitsbuch eintragen. Die Legitimationspapiere enthält der Streckenbann. Das ist die dritte Siebung. Die Legitimationspapiere werden vom Streckenbann der für die Bauarbeit zuständigen Ortspolizeibehörde übergeben, „wohin sie genauer zu prüfen hat“. Vierte Siebung. — Worin die genauere Prüfung bestehen soll, wird zwar nicht näher gesagt, versteht sich aber von selbst. Die Ortspolizei setzt sich nämlich mit der Heimatsbehörde des „vorläufig Angenommene“ in Verbindung und erkundigt sich, ob der Arbeiter gewerkschaftlich oder politisch organisiert ist und sich in der Vertretung der Interessen seiner Kameraden betätigt hat. Fünfte Siebung. — Lautet die Auskunft der Heimatsbehörde ungunstig, so wird der „vorläufig Angenommene“ sofort entlassen. Sechste Siebung. — Sollte trotzdem noch ein rühmliches todes oder auch nur rühmliches Schaf unter der Sonne unentbehrlich geblieben sein, so kann auch später noch die sofortige Entlassung eines Arbeiters gefordert werden, sei es durch die Polizei, sei es durch die Bauverwaltung, sei es durch die Regierung. Siebente Siebung.

Das mag man 1907 deutschen Arbeitern zu bieten! Gewerkschaftlich organisierte und sozialdemokratische Arbeiter werden mit Landfriedensgen, diesen bebauenswerten Opfern der kapitalistischen Staatsordnung, auf eine Stufe gestellt. Gewerkschaftler und Sozialdemokraten bilden neben den Landkreditoren die „schlechten Elemente“. „Landkreditoren und dergleichen“ sagt das Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Die „Dergleichen“ sind für die organisierten Arbeiter, die ihr mit heilsuchendem Optimismus, mit Einsetzung aller Kraft an die Befreiung der elenden Verhältnisse arbeitet. Das mag dieselbe Regierung auch zu bieten, die auch Bier, Fleisch und die ganze Lebenshaltung verteuert, die ihre Polizei und Gendarmarie auf die Beine bringt, wenn ihr auf gleichmäßigem Wege eure Lage solitärlich besser wollt! „Landkreditoren und dergleichen“ seid ihr!

Ueber die beim Kanalbau zu zahlenden Löhne, über die Arbeitszeit enthalten die dreihundert Drutzeligen langen „Grundzüge“ nichts, keine Erwähnung. Das ist auch Nebensache. Die Hauptsache ist, daß kein „schlechtes Element“, das heißt kein gewerkschaftlich oder politisch organisierter Arbeiter der Ehre teilhaftig wird, sich zum Nutzen der Unternehmer abzugeben zu dürfen. Wie jämmerlich muß sich die heillosen Angst vor den „schlechten Elementen“ halt! Es gibt sich nämlich nicht mit der siebenfachen Siebung zufrieden, sondern sie bestimmt außerdem noch:

Durch entsprechende Ueberwachung ist dafür Sorge zu tragen, daß nicht die abgewiesenen oder entlassenen Arbeiter sich in der Nähe der Kanalbauwerke aufhalten.

In erster Linie sollen Arbeiter eingestellt werden, die durch ihre Heimatsbehörde, durch Arbeitsnachweise, Beschäftigungsstationen oder Arbeiterlokale empfohlen sind. Da jedoch die Regierung wohl selbst Zweifel hegt, auf diese Weise genügend viele und tüchtige Arbeiter zu erlangen, die nur zu haben sein würden, wenn vor allem die „schlechten Elemente“ die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter Annahme fänden, bestimmt sie weiter, es sei „der Zugang geeigneter ausländischer Arbeiter nach Möglichkeit zu erleichtern“. Kennzeichen sollte dabei die Sozialarbeitergesellschaft in Berlin wegen ihrer „guten Beziehungen nach Italien“ herbeigeholt werden. Auch das gehört zur nationalen Politik! Der deutsche Arbeiter mag hungen, sofern er gewerkschaftlich oder politisch organisiert ist, wird lieber der ausländische Arbeiter herangezogen.

Die übrigen Bestimmungen der „Grundzüge“ befaßten sich mit Einrichtung und Verwaltung der zu errichtenden Baracken und Stantionen, mit Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholgenusses, mit den Vorkehrungen zur „Geisung“, der „Förderung der Sparbarkeit“ unter Beihilfe der Gendarmen und ähnlichen Maßnahmen. Es ist manches Beschämende darin enthalten; doch kommt das nicht weiter in Betracht gegenüber den unheimlichen Bestimmungen, die für die Annahme der Arbeiter und die „Fernhaltung schlechter Elemente“ getroffen sind.

Das staatenbewußte Votariat hat sich schon mancher Beschimpfung aus manchem Munde gefallen lassen müssen und mit dem Geheimrat hingenommen, den das Bewußtsein leidet, für eine siegesreiche Idee zu lämpfen. Das aber ein preussisches Ministerium die gewerkschaftlich und die politisch organisierten und tüchtigen Arbeiter im Jahre 1907 unter dem Sammelbegriff „Landkreditoren und dergleichen“ zu fassen sich erträumt, ist trotz allem weit, angelegentlich zu werden. Mit dieser Bestimmung werden die Arbeiter über Geheimnis und dergleichen zur Tagesordnung übergeben.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 23. Mai 1907.

Liberalismus und preussische Wahlreform.

Die Nationalzeitung beschäftigt sich abermals in einem Leitartikel, der mit den Initialen (Anfangsbuchstaben) ihres jetztigen Chefredakteurs H a r m s gemeldet ist, mit der Stellung der Nationalliberalen zur preussischen Wahlrechtsfrage. Die Zustände in Preußen, so wird hier ausgeführt, seien unheilbar, die Masse der Bevölkerung werde die politische Interesse dem Reich und den kleinen Bundesstaaten zu und sichere sich den Verlust um die preussischen Landtagswahlen. Darin aus entwirft sie ein ungemühtes Bild, das, trotzdem wie in diesen letzten Jahren sei die preussische Politik wohl seit den Tagen der Heiligen Allianz nicht mehr gewesen. Weiter heißt es wörtlich:

Es kann nur anders werden, wenn die Fenster der preussischen Staatskassen weit aufgeschrien werden und ein scharfer Wind in das bureaukratische Stöckchen hineinbläst. ... Dieser

Die zweite Wufe.

(Nachdruck verboten.)
 87) **Die zweite Wufe.**
 Kriminalroman von Dietrich Kreden.
 Komtesse Helens schaute dem Fenster aus auf den Hof und verbeugte sich bei der Wufahrt grüßend.
 „Die Helene ist merkwürdig still geworden.“ plauderte Rudner abgungelöst. „Sollte der auch irgend ein Aprilwetter schmecken?“
 „Eine laute Art habe ich nie an ihr beobachtet“, rief Herrbrind ein.
 „Nee, nee. Aber so — so kurz, möchte ich sagen, ist die sonst auch nicht gewesen, so festlich, so ganz weichenlos.“
 „War sie nicht schon als Kind in sich gefahrt, lieber Herr?“
 „Gewiss, wenigstens ein Zeugniss. Wo kann nicht ja auch ihren. Aber mittlerweile meine ich doch, daß hinter ihrer weißen Stirn ein Sinnem ist, das sie nicht gerade beklagt.“
 „Und ihre Farbe gefällt mir auch nicht. Ja, das wollte ich schon immer mal fragen: findest Du nicht auch, daß sie etwas treibungsmäßig zart geworden ist?“
 Rudner warfte geknallt auf die Antwort.
 „Rein“, erwiderte Herrbrind, fast gegen seinen Willen und jedenfalls ohne rechte Ueberzeugung. Er suchte nach einer allgemeinen Begründung. „Sie sieht achtzehn Jahre, und in diesem Alter hatter überhaupt Entwidlung unterliegen die äußere Erscheinung und die feilische Stimmung mannigfachen Wechsel.“
 „Daß ein Bandkind wie die, und steht aus wie eine Stabjungfer, die nie recht in Luft und Sonnenschein hinausgemen ist!“
 „Daran hat's vielleicht auch bei der Komtesse gefehlt. Sie hat sich ja sehr aus Gaus gebunden. ... Doch die Hele Weibergheit sie wieder hinaus, werden ihre Wangen sich auch wieder höher rücken. Ich — bin ohne Sorge.“
 „Das freunt mich sehr, Herrbrind. Du bist doch auch Menschenkenner und hast die Kleine von Kind auf gern gehabt. Wenn Du ja nun nichts aufstellen willst, habe ich gewiß zu viel gesehen. Ja, ja, so wird's sein, und ich dankt Dir, daß Du mich be-rühmt hast.“
 „Wann vom Gesicht übrigens von mir wollen, ist mir nicht ganz klar. Du kannst doch allein die erschöpfende Auskunft geben.“
 Herrbrind dachte sich, daß auch die Personensache in Ver-

bindung mit der Tat des Durchsich zur Sprache kommen könnte und vielleicht die Beteiligung verdächtig wäre, aus der Auf-
 reichung des jugendlichen Verbrechers auf eine mildere Beurteilung des Verbrechens hinzuwirken. Er mußte aber selbst nichts Genaures und wollte eine bloße Mutmaßung nicht zum besten geben.
 „Ich bin nicht nur über die Tat sondern auch über den Zeu-mund des Durchsich gefragt worden“, erklärte er, „und über den letzteren konnte wohl auch Du gehört werden.“
 „Na, wir werden ja leben. Uebrigens viel zu viel Umstände um den verdachten Bengel. Eine Laatz Prügel würde kürzer und empfehlenswerter sein.“
 „Wann wird sein Recht werden“, warf Herrbrind still hin. —
 „Gehner — mag ihn nicht sein.“
 „Wann mit frage er seine Antwort zu verlangen“, sagte Rudner nachdrücklich. „Ich werde dem verdammten Kerl die Leuten lesen, daß er und die Richter sich's hinter die Ohren schreiben sollen. Halloh — Worgen — Löndorff.“
 Löndorff wollte gerade vom Hofe bigen, als die Nachbarn vorüberkamen. Er lenkte seinen Schweißschuß um den Wagen und rit ein Stück Weges mit.
 „Nach Kretz!“ fragte er. „Na, sagt mir heute abend Bescheid, wann der Bremer aufgebracht ist.“
 „Der Schwager, Herrbrind, gefährt mir. Der Kern ergeht, was an Schluß steht. Brauchen ja auch keinen Weltmann auf unserm Zimmern. Auch geladent.“
 Herrbrind bestättigte.
 „Er ist schon gestern abend gefahren. Mit der Wahn. Beschlüssen wird er auch nicht zu fahnden haben.“
 Herrbrind knöpfte sich den Ueberrock auf. Es war ihm umbe-gänglich warm.
 „An dem Dreizehner eines Geldstückes, neben dem Wege, stand hemdärmelig ein Stromer und stopfte sich mit dem Brotstücken den über das Kreuz gefahnen Wad aus. Die Pferde schreuten, und eines von ihnen schlug über den Strang, so daß der Fußsteifer halten mußte. Rudner liegend vom Wagen mit einer Wendung auf den Stromer zu, der eilfzig querfeldein Wehkaus nahm.“
 „Daß den armen Teufel laufen“, bat Herrbrind freundslich, und brochte den Strang in Ordnung.
 „Gefelnd!“ knurrte Rudner, war aber bald besänftigt.
 „Uebrigens kein schlechtes Gemütsbild: gehörte Morgentrotte“, scherzte er schon wieder.

Vor einer Dorfschmiede mußte noch einmal gehalten werden, weil das Weisger ein Eisen verloren hatte.
 „Donnerwetter, bedeutet das uns Unrecht?“ fragte Rudner. „Schier hätte ich eins gefunden, wenn ich auch nicht abgänglich hieße.“
 „Was Du etwa den Wammeiler, hinter meinem Rücken —?“ Den verdachten Herrten würde ich schon anfahren.“
 Die verdachte Herrtelstille konnte gerade noch eingeholt werden, und wenige Minuten vor dem angelegten Beginn der Verhandlung hielt der Wagen vor dem Gerichtsgelände.
 Der ältere Kretz drückte sich auf dem langen Korridor scheu in eine Fensternische, als er des Grafen und seines Begleiters anichtig wurde. Der „Sindwurm“ aber, der gleichfalls zu-gegen war, konnte den Atem in die Zelle, warf den Kopf auf und murzte die Herrten mit illustriertem Schelte.
 Rudner blieb stundenlang sornig stehen, und Delles Kretz postierte weiter.
 „Hier ist neutraler Boden“, murzte er höhnlich.
 „In Rudner koste es, aber er bekam sich und würdigte den Wundringling seiner Antwort. Seine Vertretung in Witz und Gedärde sagte genug. Stolz ging er weiter und wandte sich an einen Gerichtsdienner.
 „Zeugenszimmer“ fragte er latonisch.
 Der Dienner wies höflich zurucht.
 Herrbrind, die glückliche Wuf mit der Frage ist mir unenträglich, aber ich will sie allein hören.“
 „Wenn Du länger aufhalten wirst als ich — suche mich im Hotel. Und geh Du dahin voraus, wenn Du zuerst an die Reihe kommst.“
 In der Wiste der aufgestellten Zeugen fehlte Delles Kretz; bei stückigem Umlehen bemerkte ihm Herrbrind aber in der verdorbenen Stühre des Zubehörraumes, und es war ihm, als ob ein kostbares Gemälde des Artisten ihm gelten sollte. Inge-widert wandte er sich ab.
 Die Zeugen mußten den Saal nun wieder verlassen und der Graf und Herrbrind sich in Geduld fassen. Erst nach nahezu zwei Stunden rief ein Gerichtsdienner geschäftsmäßig in das Zeugenzimmer: „Herr Graf von Rudner.“
 Alle Zeugen richteten sich auf den aristokratischen Zeugen, der jedoch schlicht und doch in vornehmer Sicherheit den Gerichts-hof und die Geschworenen mit verbindlichen Reigen des ergauten Charakterkopfes grüßte.
 (Fortsetzung folgt.)

Wind heißt Wahlreform ... Verschwinden wird die Frage der Wahlreform in Bremen nicht mehr. Wäre die Landtagsfraktion sich rechtzeitig vorbeugen, daß sie nicht über sie komme wie der Wind in der Nacht! Die Wahlen müssen auch hier, müssen hier vor allem eine geschlossene einheitlich geordnete Schlafrhythme finden.

Wer indes glaubt, der Chefredakteur Sarms wolle mit diesen Worten die National-liberalen zur Anerkennung jener Wahlrechtsforderung bewegen, die von der Nation der Preußen gestellt wird und die ihrer allein würdig ist, nämlich des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts, der ertzt sich. Herr Sarms will zwar von dem „liberalistischen Dreifachsystem“ nichts wissen, aber noch weniger von der Einführung des Reichstagswahlrechts, das von den Freimünnigen und dem größeren Teil desentrums beantragt ist. Dazu bemerkt er schimpflich:

Wären Zentrum und Freimünnige mit Formungen zufrieden, wie die sie wieder verwirklichen wollen (1) noch nicht. Es wird Sache der beiden angegriffenen Parteien sein, sich gegen diesen Vorwurf, wie wollen ja gar nicht, noch sie bestrafen, selber verteidigen! Sofern dieser die Streit zwischen Freimünnigen und National-liberalen spielt, haben wir schon gar keine Ursache uns einzumischen, da es ja W o k o r r u b r e sind, die einander so gemeinlich die schimpflichsten Bettlegerieen nachsagen, die man einem Politiker nachsagen kann. Auf das „Wollen“ und „Können“ kommt es ja auch gar nicht an, denn die Herren werden dem preussischen Volk ja doch erst dann kein Recht werden lassen, wenn sie es müssen. Und wenn Herr Sarms erklärt, der Wind, den Preußen brauche, heiße Wahlreform, so ist darauf zu antworten: Richtig! Aber die national-liberalen Wahlreform ist — ein Wind!

Die Schuld der Sozialdemokratie.

Der 18. evangelisch-sozialen Kongress ist am Dienstag in Straßburg mit einer Rede des Prof. Adolf Harnack aus Berlin eröffnet worden. Auf große Erfolge kann der evangelisch-sozialen Kongress in diesem Jahre ebensowenig zählen, wie in irgend einem früheren: Die soziale Bewegung droht und die Reichspolitik wird noch immer von den beiden Feindschaften beherrscht, daß die Kompottschüssel voll und das christlich-sozialen Unflut ist. Herr Prof. Harnack braucht also einen Schuldigen dieser, wie wir ganz annehmen wollen, ihn ernstlich betreibenden Erscheinung und findet ihn — wo sonst? — natürlich in der Sozialdemokratie! Wo wären wir schon, und welche Segnungen würde das deutsche Volk nicht schon genießen, wenn es seine sozialdemokratische Partei gäbe, denkt Herr Harnack, und wörtlich sagt er:

Trotz der Erklärungen, die die Sozialdemokratie durch maßlose Forderungen der Arbeiter, wie wir sie eben wieder erleben, der Förderung der sozialen Bewegung bereitet, muß die soziale Bewegung durchgeföhrt werden. Welche maßlosen Forderungen Herr Professor Harnack schauend mitteilt hat, bleibt ungenügend, wenn es nicht etwa die bezaunete Forderung der Berliner Bauarbeiter, die Verkürzung des Neunfundentags um eine halbe oder ganze Stunde, sein soll. Diese Forderung ist aber, wie Harnack aus Westfalen wissen muß, von den Bauunternehmern, ohne daß von den Arbeitern erst ein Streik beschlossen worden wäre, mit einer allgemeinen Ausübung befreit worden und dieser die Welt von der Sozialdemokratie entfernt sind, bemühen sich zurzeit, eine halbdalige Einigung der freitenden Parteien herbeizuföhren. Will Harnack von ihm gebietenden „sozialen Frieden“ dadurch fördern, daß er Del ins Feuer gießt und sich, als guter Evangelisch-sozialer, mit ein paar Redensarten geradewegs auf die Seite der Unternehmer schlägt?

Es ist auch gar nicht einzusehen, warum die „maßlose“ Kulturforderung des Achtundentages den Evangelisch-sozialen ihre Arbeit ersparen soll. Wo bleibt denn nur der gesetzliche Maximalarbeitszeit von 10 Stunden, für den zu stimmen die Sozialdemokraten bereit sind? Ist es ihre Schuld, daß er noch immer auf sich warten läßt?

Sodann aber die Bemerkung Harnacks nicht auf eine besondere Frage zielen, sondern ganz allgemein gedacht sein sollte, so kann es nicht schaden, wenn Harnack einmal in der Geschichte der evangelisch-sozialen Bewegung selbst nachblättern wollte, um über das Verhältnis der Sozialdemokratie zur sozialen Reformarbeit nützliche Aufschlüsse zu gewinnen. Der gewesene Vorkämpfer S t a d e r, gewiß auch ein Gegner der Sozialdemokratie und als solcher noch viel weniger als Harnack, war es, der in der Anfangszeit der evangelisch-sozialen Bewegung, in seiner Rede „Ueber den Programmwandel für die christlich-sozialen Arbeiterpartei“ wörtlich erklärte:

Es ist das große Verhängnis des Sozialismus, daß er uns energisch auf die soziale Frage aufmerksam gemacht hat, daß wir seit 15, 20 Jahren die sozialen Verhältnisse mehr ins Auge faßen.

Die sozialistische Arbeiterbewegung hat also nach dem Geständnis Städters die evangelischen Herren erst auf die soziale Frage aufmerksam gemacht; ohne jene wären diese noch gar nicht aus dem Ek getrodnen: dennoch heißt Harnack heute: Wie weit wären wir ohne die „maßlosen Forderungen“ dieser Bewegung! Als Entschuldigung für ihn mag gelten, daß seine Rede eine Einführungrede war; diese muß, obgleich die Kompottschüssel voll und christlich-sozial Unflut ist, und obgleich hinterher der von der Hofstadt ausgeschlossene Curtius bejubelt wurde, programmgemäß in einem Kaiserhoch enden. Sätte Harnack die Verdienste der Sozialdemokratie um die Sozialreform anerkannt, so wäre er logischerweise ein Gebra bei einem Hoch auf die Sozialdemokratie eingelassen und das wäre nicht bloß programmwidrig, sondern schied sich auch aus anderen Gründen nicht für einen deutschen Universitätsprofessor.

Preussische Beamte dürfen nicht macken.

Die freimünnige Zeitung war dieser Tage in der Lage, einen Erlaß der Regierung zu Danzig zu veröffentlichen. Darin wird mitgeteilt, daß die Regierungskassiere und Hauptkassenschreiber in Danzig bei der dortigen Regierung in einer „Kollektivverweigerung“ eine Erklärung über Gehälter beantragt haben. Minister haben sie diesen Antrag an die familiären Regierungskassiere und Hauptkassenschreiber der sämtlichen übrigen preussischen Regierungen gefandt, damit diese eine gleiche Petition an die Regierung richteten. Infolgedessen sind auch zahlreiche Kollektivverweigerungen beim Minister eingegangen. Dieses Vorgehen wird nun vom Minister in seinem Erlaß entschieden gemißbilligt. Ein Beamter dürfe nur als ein einzeler für seine Person Wünsche bei seiner vorgelegten Behörde zur Sprache bringen. Die Kollektiv-Eingaben einer ganzen Beamtenklasse seien ungebührig. Zur weil den Danziger Beamten und namentlich den bennoes „Inghalt“ erscheinenden Regierungskassierern bereits vom Oberpräsidenten eine scharfe Zurückweisung zuteil geworden ist, will der Minister von strengeren Maßnahmen absehen. Jedoch wenn er bei Vermeidung scharfer Disziplinarischer Maßnahmen vor der Wiederholung jedes derartigen Schrittes. Eine gleiche Warnung soll den Kasakten und Unterbeamten zugehen.

An diesem Beispiel sieht man aber wieder, daß es gar nicht möglich ist, die preussische Freiheit noch ärger einzuschränken, als dies der preussische Regimentsstaat bereits tut. Ist es erhöht, daß man erwachsenen Männern vorzuschreiben magt, ob sie einzeln oder mehrere zusammen ein Schriftstück abfenden dürfen? Vielleicht wird den also behandelnden Beamten: bei dieser Gelegenheit ein Lichtlein darüber aufgehen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter nicht so ganz unrecht haben, wenn sie sich gegen eine Behandlung, die aus ähnlichem Gesetze geboren ist, wehren.

Der ewige Stuhl. Daß der preussische Minister gegen Volksaufklärung Herr v. Stuhl, neuerdings durch die Zeitungen seinen Einfluß verliert, vorläufig nicht ist von seinem Amte auszutreten, hat die liberale und freimünnige Presse in einem Zustand nicht mehr gelinder Verweigerung verkehrt. — Die liberale Aera bewirktlich sich immer jähener! höhnt das Deutsche Tagesblatt. Die Liberalen sollten aber froh sein, solange sie ihren Stuhl haben, denn solange er bleibt, bleibt ihnen auch die Illusion, daß es naecher besser werden könnte. Wie schön aber wird sich erst die liberale Aera entwickeln, wenn dieser Stuhl geht und ein anderer Stuhl kommt?

Gehaltsaufbesserung nach dem System Stuhl. Der Landrat des Kreises Stuhm (Westpreußen) erläßt folgende Bekanntmachung:

Aus Anlaß mehrerer Minderfragen bei Gelegenheit der Aufbesserung der Lehrergehälter wurde ich die Herren Lehrer darauf aufmerksam, daß zufolge eines Erlasses der Zentralleitung der Wert des Brennmaterials nicht mehr wie bisher zum Höchstbetrage von 160 Mk., sondern zur vollen Höhe bis zum Höchstbetrage von 260 Mk. auf das Grundgehalt von 1100 Mk. in Anrechnung zu bringen ist.

Da die Herren Lehrer, wie sie es auf dem letzten preussischen Lehrertage in Wabegunde bewiesen haben, sehr lokale Leute und nicht etwa bloß „Amtsleute“, wie ihre französischen Kollegen sind, werden sie sich auch mit dieser papierenen und arithmetischen „Gehaltsaufbesserung“ abfinden wissen. Leute, die in ihrer Mehrzahl so treu zu Ehren und Altar stehen, wie die Lehrer, werden sich in ihrem lotheligen Sorgen ergebungswohl darin fügen, wenn ihnen das bäterliche Regiment des Herrn Stuhl den Votofarb immer höher hängt.

„Sozialkapitalismus“ ist das neueste Wort, das auf dem oben erwähnten evangelisch-sozialen Kongress in Straßburg geprägt wurde. Der Vater dieser schönen Wortbildung ist Professor Dr. von Schulz-Grabemünd in Freiburg i. Br. Der Herr Professor vertritt unter Sozialkapitalismus einen Begriff, der den Kapitalismus zwar fördert, seinen Eigentumsbegriff aber „sozial erweitert“ und seine Ausweitung kritisch beschreibt. Die beiden Professoren sind und bleiben noch immer unterbrochene Schwärmer. Dem Herrn Professor von Schulz-Grabemünd wird es noch schwer werden, in der rauhen Wirklichkeit des Lebens die Profitität des Kapitalismus und das Wesen des kapitalistischen Klassenkampfes mit den Forderungen des Sozialismus zu verbinden. Das Experiment muß gerade so auf die misglückten wie der Versuch, Wasser und Feuer zu einem Elemente zu vermischem.

Polizeisühne und Zeugnisloster. In Berlin hat vor einiger Zeit ein Prozeß gegen den bekannten Redakteur Karl Schmidt stattgefunden, der der Berliner Sittengeschichtlichen Ausstellungen vorgeworfen hatte. In diesem Prozeße war der Kammerherr Neumann als Zeuge vernommen worden. Neumann sagte aus, daß er einen Kriminalbeamten erfahren habe, daß sich Sittenschlichter in einer Wohnung nicht vorfret benommen hätten. Für den Zeugen sollte diese Aussage schwere Schereeren seitens der Polizei zur Folge haben. Das Polizeipräsidium leistete ein Disziplinarverfahren gegen Unbekannt ein und ließ Neumann als Zeugen vernemen. Dieser weigerte sich unter Verletzung auf sein gegebenes Wort, seinen Gewährsmann zu nennen, worauf er zunächst eine Geldstrafe von 20 Mk. erhielt. Da dies nicht fruchtete, wurde die Zeugnisschwärgerhaft verhängt. Der Fallschluß soll in den nächsten Tagen vollfret werden und die Haft möglichenfalls eine Dauer von sechs Monaten erreichen. Gegen diesen Beschluß hat Neumann Widerspruch eingelegt.

Die ganze Geschichte muet einem eck preussisch an: Zum Schand seiner Majestät des Sühnmanns muß die verwerfliche Form juristischer Zwangsmittel, die Zeugnisloster angewendet werden, um einen Ehrenmann zu zwingen, zum wurtwürdigen Kunden zu werden. Der traurige Ruhm der bayrischen Justiz in der Antubacher Zeugnisloster-Affäre gegen unseren Genossen Schlegel hat jedenfalls die Berliner Behörden nicht ruhig schlafen lassen, sie wollen sich gleichfalls auf dem Gebiete der modernen Inquisition neue Lorbeeren erwerben.

Major Fischer, der durch seine geschäftlichen Beziehungen zur Firma Tippelshöfer bekannt geworden ist, wurde nach einer amtlichen Meldung von seiner Stellung beim Oberkommando der Schutztruppe entbunden und unter Gewährung der gesetzlichen Pension verabschiedet.

Anstaud.

Österreich. Mißbräuche beider Wahlen sind auch in Österreich unermessliche Begleitererscheinungen der großen Wahlen gewesen. So wird besonders aus Galizien gemeldet, daß sich die Behörden großer Wahlbeeinträchtigungen schuldig gemacht haben. Ferner ist bei der Wiener Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet, weil die Wahlkommission im fünften Wiener Bezirk bei der Prüfung der Stimmzettel parteiisch zugunsten der Christlichsozialen verfahren ist. Des weiteren wurden drei Staatsbeamte gemahnet, weil sie in Wien als sogenannte Beamtenkandidaten aufgetreten waren. Sie wurden disziplinarisch in entlegene Provinzgebiete verlegt.

Ungarn. Erste Konflikte sind zwischen Ungarn und Kroatien entstanden, weil die Kroaten die Faltung der kroatischen Sprache auf den Staatsbahnen und anderen gemeinschaftlichen Einrichtungen fordern. Die ungarische Regierung will aber von diesem Zugeständnis, das sie zwar selbst in bezug auf die ungarische Sprache von Österreich fordert, nichts wissen. Es werden ernsthafte Irrungen in Kroatien befürchtet, wenn die ungarische Regierung nicht nachgibt.

Schweiz. Ausgewiesen hat der Bundesrat wiederum vier Italiener, die angeblich durch Gebrauch von Sprengstoffen zu verbrecherischen Zwecken die innere Sicherheit der Schweiz gefährdet haben. Der Bundesrat will diese Erkenntnis aus einem Bericht der Bundesanwaltschaft gewonnen haben. Nun fehlt aber dieser Bericht und die Ausweisung in strengem Widerspruch mit dem rechtskräftigen Urteil des Schwurgerichts von Zürich. Dies hat nämlich die betreffenden Angeklagten zu verurteilen, nachdem ihre Geschworenen die gefestete Frage, ob die Ausgewiesenen Sprengstoffe zu verbrecherischen Zwecken gebraucht haben, bejaht hatten.

Frankreich. Bewegung unter den süßspanischen Weinbauern. Nachdem in Reims und andern Zentren der süßspanischen Weinkultur große Demonstrationen stattgefunden hatten, ist schließlich auch eine solche in Burgund veranstaltet worden. An diesen Demonstrationen sind die Weßler und auch die Arbeiter gleichermäÙig beteiligt. Die Beschwerden der Weinbauern, die in der Lat von jährenen Erstenskampfs zu führen haben, richten sich gegen die „Fälscher“, gegen deren aus Chemikalien und Zucker zusammengegesetzten Weine sie selbst mit den billigen Naturprodukten nicht konkurrenzieren können. Noch schlimmer aber trifft die süßspanischen Weinbergbesitzer die ausländische Konkurrenz; aus Italien, Spanien, namentlich aber Argentin werden billiger Weine in großen Massen eingeführt, die die im Land erzeugten. Die Weinbergbesitzer broden mit Steuererweiterung, falls die Regierung ihnen nicht zu Hilfe kommt. Bei der letzten Demonstration in Burgund marschierten die Vertreter der Kommune von Dijon an der Spitze des Zuges; dieser Ort hatte den Beschluß der Steuererweiterung bereits in die Tat umgesetzt, und deshalb ward seinen Vertretern diese Ehre zuteil. Die Regierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, wodurch den Beschwerden der Weinbergbesitzer abgeholfen werden soll. Es soll eine schärfere Kontrolle der Weinproduktion und eine schärfere Besteuerung der Fälschungen eintreten. Im übrigen soll die Erhebung von Produktions- und Verkaufs-Gewinnsteuern durch die Regierung gefördert werden; ferner will sich der Finanzminister um weitere Ausbaugelegenheit für die spanischen Weine bemühen. Als alle diese Maßnahmen den gewünschten Zweck haben werden, ist aber mehr als zweifelhaft.

England. Die projektierte Verfassungsreform für Irland wird von den Irländern nicht beglitt. Der Nationalkongreß der Irländer verwarf am Dienstag die englische Vorlage.

Indien. Die in Paris lebenden Indier haben dieser Tage eine Versammlung abgehalten und dort eine Resolution angenommen, in welcher sie gegen die Maßnahmen der Engländer in Indien energisch protestieren. Die Deportation einiger Führer der indischen Volksbewegung ohne geschliche Unteruchung wird als ein Akt Injams und Bräunet erklärt. Ferner wird die Einberufung eines indischen Nationalkongresses gefordert, der über die Schritte beraten soll, die zu unternehmen sind, falls sich derartige Gewaltthaten wiederholen sollten.

Afrika. Der Urheber des Witbooi-Aufstandes, der Prophet Stuurman ist nach einem Telegramm der Post. Neuch. Agra. aus Südafrika von der Kap-Polizei zum Tode verurteilt und aufgehängt worden. Er hat, so heißt es in dem Telegramm, bei Kimberley die Aufbeugelung dortiger Einwohner gegen die Weißer begonnen und bereits eine kleine Wäbe gebildet, welcher ein Farmer zum Opfer gefallen war. Dieser Prophet Stuurman gilt als der Anfänger des Witbooi-Aufstandes.

Zur Revolution in Russland.

Die monarchistischen Abgeordneten gegen den Duma-Präsidenten. Vor einigen Tagen kam in der Duma der vielbesprochene angebliche Attentatsversuch auf den Baron auf Grund einer diesbezüglichen Interpellation zur Sprache. Bei der Besprechung der Interpellation enterte sich die sozialistische Linke an dem Saale. Die Besprechung endete damit, daß der Präsident Golownin erklärte, die Duma mißbillige einstimmig das Attentat auf den Baron. Darunter verzeichnetlich hat zahlreiche Dumaabgeordnete in der Kammer Wroemig einen offenen Brief an den Präsidenten, der mit den Worten schließt: „Aber Worte über Einflüsterungen klängen uns wie Heuschrecke und erschauern uns unwürdig des hohen Postens, den Sie einnehmen. Wir halten es für unsere Pflicht, dies durch öffentliche Erklärung bekannt zu machen, damit Ihre Worte Rußland nicht irreföhren und nicht den laßren Charakter dieser einstimmigen Erklärung verheimlichen.“

Die reaktionären Parteien geben systematisch darauf aus, die Duma in Mißtrauen zu bringen. Ihr Ideal ist die Wiederaushebung der Volksvertretung.

Wieder ein Konflikt zwischen Stolypin und Duma. Der Ministerpräsident hat dem Vorsitzenden der Dumaommission zur Umberzeugung der Unterstützung der Arbeitlosen mitgeteilt, er könne die Vertreter der städtischen Selbstverwaltung nicht als Sachverständige zur Teilnahme an der Kommission zulassen.

Belgischeur der Duma. Vor ein paar Tagen hat der Schriftföhler der Duma, Tshelomow, zwei Unbekannte vor seinem Bureau entbedt, die bemüht waren, den Wächter die Schlüssel zu verhiendenden verhiendenden Zimmern zu erlangen. Es stellte sich heraus, daß es Agenten der politischen Polizei waren. Ein herbeigerufenen Offizier einschaltete sich und erklärte, die Leute hätten nur den Auftrag gehabt, das tsarische Palais von außen zu beschließen, hätten aber diesen Auftrag mißverstanden. Sonderbares Mißverständnis!

Bildung in Rußland. Die Dumafassung vom 17. Mai war der Debatte über die Volksbildungsvorlage gewidmet. Der Minister der Volksaufklärung, Kaufmann, ist in einer verhältnismäßig liberal gehaltenen Rede den Volksvertretern ... die Notwendigkeit einer umfassenden Reform auf dem Gebiete der Volksbildung zu beweisen. Trotz der grauenam Fronte dieses Beginns entschoren seine Ausführungen — eben weil sie von einem Vertreter der Regierung ausgingen — nicht eines gewissen Interesses. Nach der letzten allgemeinen Volkszählung (1897) sind des Reichs und Schreibens luntig: Männer 29,38 Prozent, Frauen 18,6 Prozent; nach den wichtigsten Nationen geordnet:

Deutsche 59,9 Proz. (Männer) und 58,5 Proz. (Frauen)

Volk	Männer	Frauen
Letten	52	52
Juden	49	23,2
Finnen	35	27
Polen	35	29
Russen	29,58	9

Zur Einführung des allgemeinen (nicht obligatorischen) Unterrichts muß nach der Regierungsvorlage die vom Staate subventionierte Summe siebenmal vergrößert werden. Eine ebenso große Summe ist von den Gemeinden, welche Schulen eröffnen werden, erforderlich. Bei einer Bevölkerungszahl von 141,5 Millionen im Jahre 1906 wurden 12,7 Millionen Kinder schulpflichtigen Alters gezählt, von denen aber bloß 5,4 Millionen Schulen besuchen konnten, während 7,3 Mill. Kinder aus Mangel an Schulen jeglichen Unterrichts entbehren mußten. Zur Einführung des allgemeinen Unterrichts sind nach den Ausführungen des Ministers 250 000 Schulen erforderlich. Da es zurzeit nur 90 000 Volksschulen in Rußland gibt, müssen also 160 000 Schulen eröffnet werden.

Die Rede des Ministers — eine für einen russischen Minister verhältnismäßig ausföhndige Leistung — ward von der Duma heißlich aufgenommen worden, wenn sie nicht mit den heftigsten Aufforderungen genetzt hätte, die Politik von der Schule fernzuhalten. Diese schamlose Provoaktion erforderte eine gebührende Würdigung von Seiten der oppositionellen Parteien.

Besonders heftig waren die Entgegnungen der Vertreter unterbreitet. Polen, Armenier, Tataren führten eine Unzahl Tatsachen an, welche bewiesen, daß die Regierung jähzornig und systematisch Gewalt in die Welt hereintragen habe. Die Vertreter der russischen Gesellschaften zu diesen Ausführungen noch hinzu, daß auch die „angestammte“ Bevölkerung von Seiten der Regierung weniger Sorge um Erziehung der Volksschulen gesehen habe, als vortreffliche Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung für Lehrer und Schüler und Beeinflussung derselben im Sinne der Ideen der schwarzen Hunderte. Die weiteren Debatten versprachen auch dem liberalsten willkürlichen Ministerium sehr wenig angenehme Stunden.

Deutscher Schmutz im Solde der Knutenregierung.

Ein angelegentliches journalistisches Fachorgan macht darauf aufmerksam, daß ein Vertreter großer deutscher Zeitungen in Petersburg direkt im Solde der russischen Regierung steht. Die literarische Woxis, das Organ schillernder journalistischer Berufsvereine, bringt in ihrer Nummer vom 11. März einen Artikel über die St. Petersburgischen Korrespondenten. Der pseudonyme Verfasser schreibt darin, wie schädlich die großen deutschen „Weltblätter“ ihre Petersburgischen Spezialkorrespondenten begehren, mit denen sie vor längerer Zeit den Kontakt verloren haben.

Die Presseverhältnisse in den deutschen Ländern kennen wir von ihrer häufigsten Seite. Nicht mit Unrecht werden wir Deutsche von den Ausländern für Spießbürger gehalten. Nur einige wenige deutsche Blätter begehren ihre Vertreter befriedigend. Die Vertreter der amerikanischen, englischen und französischen Presse erhalten Ministergespräche. Kein Wunder, daß die besten Nachrichten aus Rußland über das Ausland, New York, Paris, von allen London, nach Deutschland gelangen. Ohne Geld ist auch kein Zeitungsmaterial zu erhalten. Dem Goldhange aber wiederholt kein so verführerisches Netz in Rußland. Die übliche Honorierung hat auch noch andere Schattenseiten: sie treibt auf Abwege. Die russischen Regierungsbehörden benutzen die englische Presse sehr gern als Sprachrohr ihrer Meinungen und Absichten. Von den deutschen Pressevertretern ist mit nur einer Ausnahme, der „nein er in seinem Solde steht. Er macht ein doppeltes Geschäft: er erhält das Honorar seiner zahlreichen Blätter und die Douanes seines Anstaltsgeldes. Der Mann vertritt ein es der angesehensten reichsdeutschen Blätter, das der russischen Regierung notorisch wohlgeheint ist. Der Times-Korrespondent läßt sich seine Rußland-geliehenen Dienste nicht von Rußland bezahlen. Wendet sich die Stimmung der Times, ändert sich auch der Ton ihres Vertreters. Wie gern vertreten unsere deutschen Redaktionen Korrespondenten, denen sie die schöne Einrichtung vorlegen können: „Wie Ihre Korrespondent von authentischer Seite über die Absichten der russischen Regierung erfährt...“ oder: „Wie unter Korrespondent von einem ihm befreundeten russischen Staatsmann erfährt“, oder: „Von durchaus einwandfreier Seite wird uns geschrieben“ usw. Wir übrigen Auslandskorrespondenten werden in den Ministerien sehr höflich empfangen und mit nichts-lagenden Redensarten abgespritzt. Denn wir verkaufen uns nicht. Also muß man sich verlassen, um der deutschen Presse „authentische Nachrichten“ liefern, wie auch um bei ihr als Korrespondent in Ansehen zu stehen. Eine solche Persönlichkeit hat ihre Ministerialwaren monopolisiert. Sie verlangt die deutsche Presse mit „Internationals“ und die zu interessierenden Personen müssen wiederum den Umständen zu schweigen, daß sie einen „eigenen Mann“ haben, der von der deutschen Presse hochgeschätzt wird. Geschäft ist Geschäft, lagen sich die deutschen Redaktionen. Und dabei sprechen sie fortwährend von nationaler Würde, von stolzer Selbstständigkeit dem Auslande gegenüber!

Selber erfahren wir aus diesem vernünftigen Beitrag zur Naturgeschichte der deutschen patriotischen Presse nicht, wie das angelegentlich reichsdeutsche Blatt“ heißt, das sich durch ein von der russischen Regierung geschmieretes Subjekt vertreten läßt. Der Artikelhefter bemerkt aber ausdrücklich, daß das Berliner Tageblatt, die Woxische Zeitung, der Lokal-Anzeiger, die Frankfurter Zeitung, die Köln. Zeitung und die Neue Freie Presse ihren Vertretern wenn auch nicht gänzlich, so doch einigermaßen auskömmliche Gehälter zahlen. Inwiefern ist aus weiteren Anwendungen zu entnehmen, daß der betreffende Übermann nebenbei noch eine ganze Reihe anderer deutscher Blätter der verschiedensten politischen Richtungen mit bedient.

Wir sehen also vor der nachgelassenen Tatsache, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland von russischen Gesandtschaften gemacht wird und mit der übrigen Auslandsmeinung in gewisser „nationaler“ Mütter wird es nicht anders stehen. Auf der anderen Seite sehen wir die heimliche, fränkische Schädlichkeit von Vätern, die sich sonst den Mund nicht voll genug nehmen können und die sich gerne über den Strömungszeit der — Engländer lustig machen!

Achte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Es folgt die Diskussion über den Bericht des Vorstandes und des Ausschusses. Die darauf bezüglichen Anträge 1-56 werden mit zur Debatte gestellt. Aus derselben gehen wir das Wichtigste hervor. Die Einzelmitglieder der Stadt Leipzig wünschen an Stelle der jetzigen losen Form der Organisation die feste Form der Verwaltungsverhältnisse zu sehen. Diese Umwandlung soll dazu führen, die Organisation innerlich zu festigen, persönlichen Hinderern zu hindern und die Verwaltungsverhältnisse zu vereinfachen. Dieser Standpunkt wird von P o b i t - Leipzig vertreten. Dagegen wendet sich A o c - Dresden. W e i n k a m p e n - Dresden warnt vor der Einführung von Verwaltungsverhältnissen in Sachsen, weil damit der Verdacht der Vorkommen gegeben sei, die Ausnahme jugendlicher Arbeiter in den Metallarbeiter-Verband zu hindern und die Verhandlung der Verwaltungsverhältnisse durch den Vorstand wird von dementsprechenden Vertretern. Die Behandlung der einzelnen Fälle durch den Gesamtvorstand, wie sie der Ausschuss verlangt, sei praktisch unmöglich. Speziell im Fall der Ausschüsse von Rungen und Gassen in Dresden sei noch viel zu lange gesögert worden, weil die Quartieren der genannten Organisationen richterlich geschädigt haben. Der Ausschuss habe es nicht einmal für nötig erachtet, sich in Dresden wegen dieser Sache an zuständige Stellen zu wenden, sondern er hat nur mit den Angehörigen der Korrespondenz, welche diese Korrespondenz in Mitgliederkreisen gegen die Verbandsinteressen ausgenutzt haben. In ausführlicher Weise behandelt W e i n k a m p e n die Stellung des Vorstandes im Falle Sachverhalte, wo es sich um Leute handelt, die ihre ganze Verbandsfähigkeit in der Lösung einer gewissen Krise erblicken, und der Vorstand hat mit dem Ausschuss dieser Elemente ein gutes Werk getan. Nicht der Vorstand sondern der Ausschuss hat hier gegen das Statut gehandelt. Der Vorstand kann sich nicht durch feilliche Manipulationen von Handlungen zurückziehen lassen, die im Interesse des Verbandes liegen. Die Erhebungen, welche vom Vorstand aufgenommen werden, sollen nicht nur im Erblicken befestigt, sondern es soll auch nach dieser Richtung angeordnet werden. Dieser Standpunkt wird von S o n i a - Dortmund vertreten und mit dem Hinweis darauf begründet, daß die Regierung nach dieser Richtung hin ihre Schuldigkeit nicht tut. W e i n k a m p e n - Stuttgart teilt zwar diese Meinung mit, aber, als auch er sie für unrichtig erklärt, weil er dadurch nicht, daß mit dem heutigen Arbeitspersonal nicht mehr geleistet werden könnte. Es müßte das Personal auf ganz andere Weise vermehrt werden. D i s m a n n - Frankfurt fordert ebenfalls mehr Erhebungen, wünscht in Verbindung damit auch eine jährliche Zusammenstellung der vom Verband abgeschlossenen Tarifverträge. Die Verantwortlichkeit der Bezirksleitung wünscht P e i n e - Köln auch den Mitgliedern gegenüber auf Bezirkskonferenzen. Es seien in einigen Bezirken insofern schlechte Erfahrungen gemacht, als beobachtet worden ist, daß die Meinung der Bezirksleiter sich häufig ändert, nachdem dieselben mit dem Vorstand Konferenzen abgehalten haben. Dem gegenüber bemerkt W e i n k a m p e n - Stuttgart, daß die Bezirksleiter in erster Linie dem Vorstand, dann aber der Generalversammlung gegenüber verantwortlich seien. Die Statutenberatungskommission habe Änderungen vorgeschlagen. Das Späte Ergehen der Zahlreiche, welches moniert wird, erklärt W e i n k a m p e n - Stuttgart mit der Überleitung der Beamten und einer Reihe von Umständen. Die Statuten sind nicht unrichtig, sondern es ist zu wünschen, daß die Erklärungen nicht unklar sind, sondern die Unterstützung bei Einverständnis ist nach der Meinung einiger Delegierter unzulässig befristet. Das frühere Spätere des Jahres ist als rückständig mit Recht bezeichnet und der Vorstand habe durch die Einschränkung richterlich gewirkt. Reichel verteidigt die Stellungnahme des Vorstandes. Es seien nur Behinderungen vom Vorstand angegeben, welche daraus zu rechtfertigen seien. Die Versicherung der Verbandsbeamten wünscht D i s m a n n grundfindlich in dem Sinne, daß ein Teil der Beiträge vom Verbandsgehalt wird, gleichwohl die Ungeheuren vergrößert sind. Die Unterstützung für die Verbandsbeamten werden allgemein empfohlen. Der Vorstand müsse Mittel und Wege finden, Befragte für die Beamten zu tun.

den, die durch die Teilnahme an den Unterrichtskursen ihres Tätigkeit entzogen werden. D i s m a n n geht noch weiter und verlangt auch Erleichterung für die Fälle, in denen Verbandsbeamte an den Ämtern der Parteifunktion teilnehmen. Unterbrochen wird die Debatte über den Bericht des Vorstandes und des Ausschusses durch den Bericht der Mandatprüfungskommission, den R u n g e - Hamburg erstattet. Die Kommission empfiehlt Gültigkeit der sämtlichen benannten Mandate. Die Generalversammlung fängt denn zu.

Admittations - Sitzung.

Der Eintritt in die Tagesordnung gibt D e n n e - Berlin im Auftrag der Bezirksleitung eine Erklärung ab, die sich mit der Entscheidung gegen die Unterstellung wendet, die in der Vernehmlichung von Feine gegeben ist, daß die Bezirksleiter ihre Meinung nach den Vernehmlichungen ändern. Feine erklärt, daß er mit seinen Ausführungen nur Verbesserungen habe anregen wollen.

Amant wird die Debatte über die Berichte des Vorstandes und Ausschusses fortgesetzt. In Sachen der Errichtung von Verwaltungsverhältnissen in Sachsen erklärt W o h l e - Leipzig, eine ganze Anzahl von sonst nur schwer zu erledigenden Sachen könnte durch die bessere Verwaltungsverhältnisse mit Leichtigkeit geregelt werden. Das Bestallungsrecht des Vorstandes geht dem jetzigen Status zu weit. Die Holzarbeiter Leipzig haben gewisse Erfahrungen gemacht. S c h ä f f e r - Leipzig: Die Verhältnisse in Leipzig würden in nichts geändert, wenn eine Verwaltungsverhältnisse errichtet wird; es soll die Errichtung der Verwaltungsverhältnisse dazu dienen, die Entscheidung des Vorstandes bei Streitigkeiten zu befestigen. Die Gegner der Errichtung von Verwaltungsverhältnissen können hier ihre Gründe nicht offen aussprechen. In Leipzig wird jedoch nicht gegen die Errichtung der Verwaltungsverhältnisse in Sachsen gemacht haben, auch solche sind die durchaus unzulässig seien. Die faktuelle Einführung der Verwaltungsverhältnisse sei unrichtig und der obligatorische Einführung der Verwaltungsverhältnisse zu erwarten.

In der weiteren Admittationsitzung wurde die Generaldiskussion fortgesetzt. Am dritten Tage erhielt Schick das Schlüsselwort. Die Entlastung des Kassiers wurde einstimmig erteilt. In der Spezialdiskussion wurde die Errichtung von Verwaltungsverhältnissen in Sachsen abgelehnt. Der Statutenberater hat aus, da ein Auszug nach dem Statutenberater steht.

Gemeindezeitung.

Leipzig. Die Gemeindeverordnetenversammlung am 16. Mai war von acht Vertretern besucht. Die Gemeinde-Einkommen und Ausgaben betragen 1903 30 000 bis 394 000 M. Aufwand 37 369 M. Die Separationsgemeinde hatte 479 M. Einnahmen und 391 M. Ausgaben. Der Bestand ist hier 89 M. Die Sanitation des langen Weges durch die Grube Bismarck wurde genehmigt. Neben müssen bei event. Veränderungen die alten Wägen wieder gelegt oder die neuen hergestellt. Der Neubau eines Kellerhauses wurde beschlossen. Die Arbeiten zum Aufbau an das Gemeindehaus sollen an den Wundstehenden vergeben werden. Es haben beantragt M o n t e n t r i 1 836 M., H ö b e r 1743 76 M. Da aber verschiedene Arbeiten nicht ungenügend sind, erhöhen sich die Kosten noch etwas. Eine Beschäftigung über den Bau der Reichenhölle lautet: Die Reichenhölle wird der evangelischen Gemeinde überlassen, unter der Bedingung, daß alle anderen Konfessionen die Halle benutzen dürfen. Zur Steuer-Einkommenskommission wurden gewählt K r o b e r, B e n e r, W ä l t e r und E i n g a n g. Zweite Bezeichnung des Amtes sollen werden. Die Wahlkommision ist zugunsten der Gemeinde erledigt. Die Umgestaltung wird Herrn F r o m m e l d e r erteilt. Der Vertrag mit Grube Bismarck (elektrisches Licht) wurde zurückgestellt. Die Beschäftigung eines Wache-Wachpostens wurde abgelehnt, da jetzt kein Bedürfnis vorhanden sei. Eine Verlegung der Dienststunden der Gemeindeverordneten findet nicht statt, da auch außer den Dienststunden Geschäft erledigt werden. (22. 5.) A. B.

Büchermarkt.

Neue Zeit, Wochenblatt der deutschen Sozialdemokratie. Heft 33. Berlin B. Singer, Stuttgart. Einzelheft 25 Pf. Die Neue Gesellschaft, Sozialistische Wochenblatt. Herausgeber Dr. A. Braun und Emil Braun. Heft 8 das 4. Bandes. Preis Dr. E. Dr. 20 Pf., die Arbeiter-Ausgabe kostet nach wie vor 10 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Fröhlich in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Ausnamens-Woche.

auf alle Bareinkäufe bis einschl. Montag den 27. Mai.

Besondere Gelegenheitskäufe:

Grosse
Posten

Damen-Jackets, Kostüme, ::
Staubmäntel, Taffet-Boleros, ::
Kleiderstoffe, Blusenstoffe, ::
Seidenstoffe, Besätze :: :: ::

Preise

der vorgerückten Saison
wegen
bedeutend ermäßigt.

Aussergewöhnlich billige Einkaufsgelegenheit!

Brummer & Benjamin

22/23 Grosse Ulrichstrasse 22/23.

Beilage zum Volksblatt.

No. 118.

Salle a. S., Freitag den 24. Mai 1907.

18. Jahrg.

Halle und Saalkreis.

Salle, 23. Mai.

Verkehrspolizeiliche Gründe.

Dieselbe nun einmal von allen Seiten her in der preussischen Verfassung als dem Staatsgründungsgebot zu lesen ist, alle Preußen seien vor dem Gesetz gleich, und weil sie in dem nahesten Sinne befangen wären, an einer solchen grundlegenden Rechtsnorm für das Verhältnis der Staatsbürger zueinander und zu den staatlichen Behörden werde niemand drehen und dreheln, die Verfassung für das am 18. Juni in Halle stattfindende zweite Bezirksturnfest des Arbeiter-Turnvereins Deutschlands bei der heiligen Polizei das Gefühl ein, einen kleinen Umgang veranlassen zu dürfen. Nur einen ganz kleinen und bescheidenen. Am hinteren Garten des Volksparks sollte der Zug seinen Anfang nehmen, durch die Gassen und Kristallstraße die Stollwitzer Brücke erreichen und nach Lebensfreitrag belaufen am Hindenhofe sein Ende finden. Bei 300-400 Teilnehmern wäre der Zug in wenigen Minuten vorüber gewesen. Doch er in der Gassen- und Kristallstraße keinen Verkehr wozu konnte, hintermal dort überhaupt kein Verkehr im polizeilichem Sinne der Wortes ist, weiß jeder. Und wurde befürchtet, das Lebensfreitrag des Stollwitzer Brücke durch einige Hundert Arbeiterturner kaum die Brücke und die angrenzenden Brücken der königlich preussischen Polizeikommission zu sehr erschüttern, je nun, so hätte sich auch gegen diese Gefahr noch ein Mittel finden lassen.

Die Arbeiterturner reichten also das Gefühl um Genehmigung ein, zugleich auch das Gefühl, am genannten Sonntag vormittags von 8-11 Uhr im Volkspark ein Schauturnen abhalten zu dürfen. Beide Gefühle sind abschlägig beschieden worden. Das Schauturnen darf nicht stattfinden auf Grund der bekannten Württembergischen Verordnungsverordnung vom 27. Novbr. 1906, die schon gegen die Flugblattverbreitung zum roten Sonntag (14. Januar 1906) mobil gemacht worden ist, dabei allerdings einige komplizierte Kräfte und Verbindungen dazwischen. Auf den Fesseln der Deutschen Turnerschaft darf freilich den ganzen Sonntag vormittags geturnt werden. Und die Arbeiterturner durften voriges Jahr in Schleswig gleichfalls am ganzen Sonntag vormittags turnen und auch einen langen Pelzzug mit Musik veranstalten. Das macht: Der Boden von Schleswig ist feiter als der von Halle. — Betreffs des Zuges heißt es in dem Bescheide kurz und bündig:

Auch die Erlaubnis zu dem Festzuge am Nachmittage desselben Tages kann aus verkehrspolizeilichen Gründen nicht erteilt werden. Welches diese „Gründe“ sind, hat Herr Weydenmann nicht mitgeteilt, obgleich der Papierbogen, auf dem der Bescheid erteilt worden ist, noch Platz für Dutzende von Gründen gehabt hätte. Die Turner wären zurecht, wenn ihnen nur ein einziger Grund angegeben worden wäre. Gern würden sie sich dann der überlegenen Weisheit polizeilicher Einsicht gefügt haben. Doch nicht ein einziger dieser Gründe wird offenbart. Will der Richter jemanden beraten, und sei es zur allergeringsten Strafe, so muß er die Gründe genau angeben, aus denen die Verurteilung erfolgt. Die Polizei braucht sich mit diesem Bescheid nicht abzugeben. Sie verurteilt, und dabei hat sie kein Bedauern. Der Bescheid ist die Begründung falsch, da stellen die verkehrspolizeilichen „Gründe“ zur rechten Zeit sich ein, würde Rezeptivus sagen.

Die Arbeiterturner sind nun aus eigene Gründen angezogen, wollen sie die verkehrspolizeilichen „Gründe“ erforschen. Aber da stellt sich ihnen sofort eine neue Schwierigkeit in den Weg.

Alteines Feuilleton.

Eine heitere Episode aus dem kürzlichigen Wahlkampf ist erst nachträglich bekannt geworden. In der Nähe der Verbrennungsstation in Wien herrschen sehr sozialdemokratische Arbeiter einher, die durch die Sozialdemokraten mit dem großen Reizem „Hoch Emmerling!“ hand, die Waise oder Wähler auf sich lenken. Als bald wurde sich ein großer Straßenauflauf, so daß der Verkehr zu stocken drohte. Zwei Polizeimänner in voller Uniform beauftragten die vier sozialdemokratischen Arbeiter, worauf sich diese mit Vergnügen bereit erklärten, aus Kommissariat zu verziehen, und dabei hat den Wähler liegen lassen oder die Waise ihrer Uniform bescheiden und die Stadtbauten selbst fragen? Nachdem die beiden „Augen des Gesetzes“ die Paragraphen ihrer Dienstordnung im Auge überlesen hatten, entschieden sie sich dafür, die Rolle sozialdemokratischer Kammerträger zu spielen. Unter großem geringen umgingen, zum Kommissariat. Die beiden Polizeimänner mußten nun als wahrer Wärtner ihres Amtes eine Reihe hohler Zitate über sich ergießen lassen. Warum habt ihr denn noch keine rote Uniform? wurde gefragt, während es auf der anderen Seite erklang: „Nichts hoch gehalten!“ Wir werden nach euren Wünschen den Sozialdemokraten wählen. Doch die Sozialdemokraten sind Kommissariat, werden den Stadtbauten zugewiesen, ein Protokoll über den Fall gemacht, worauf sich die vier sozialdemokratischen Arbeiter, von der schließlichen Menge zu der gelungenen Propaganda begünstigt, wieder ungestört entziehen konnten.

Der Eid auf Rommando. Der Franz. Log. wird aus Berlin geschrieben: Viel belangt in höchsten Juristenkreisen folgendes niedliche Geschickchen. Ein Berliner Gericht hatte in einer Beschlusse ein bedingtes Erbschaftserbe, das heißt ein solches, dessen Zweck die Eidesnorm des oder der von dem Kläger oder dem Beklagten zu leistenden Eides beziehungsweise Eide bestimmt und ferner angeordnet ist, welche Folgen die Leistung oder Verweigerung des Eides nach sich ziehen soll, und in ihm, dem Beklagten, die Erfüllung des Eides zu verweigern. Dieses Urteil sollte nun dem bedingten Erbschaften zugewiesen werden. Aufstellungen an Soldaten, die ja nur in Straftaten der Militärgerichtsbarkeit, im übrigen aber den bürgerlichen Gerichten unterliegen, erfolgen nun durch Erlaufen an die Militärbehörde, die ihrerseits die Ausfertigung der Zuteilung dem diensthabenden Kommissar überläßt. So auch hier. Der betreffende Kommissar ließ sich nun unter dem nachrichtlichen Eide bedingten Soldaten kommen und spricht also zu ihm: „Nimm Sie, hören Sie mal, Sie sollen folgenden Eid leisten (Berstet den

Am gleichen Tage halten nämlich die Schützenbrüder gleichfalls ihren Festzug ab, nur daß derselbe etwa fünfhundert Teilnehmer umfaßt wie der verkehrspolizeilich verbotene Turnzug Hunderte, und daß er sich durch die lebhaftesten Straßen bewegt, während sich die Turner bedingende Rebenstrahlen ausgedehnt haben. Der Festzug wird eine Stunde und länger dauern. Der Verkehr wird in den wichtigsten Straßen für die Zeit völlig unterbrochen werden. Alles wird kosten. Trotzdem liegen bei uns keine verkehrspolizeilichen Verbotsgründe vor; die stellen sich erst bei dem letzten Turnzug ein. Ueber diesen fallenden Widerspruch kommen die ersten beiden Turner nicht weg. Je länger sie grübeln und forschen, ein desto härterer Schicksal umgibt die „verkehrspolizeilichen Gründe“ des Herrn Weydenmann. Wenn er doch nur von parteipolitischen Gründen gesprochen hätte, da wäre ja sofort das Mittel gelöst. Den gut gemeinten Schützenbrüder wird der verkehrspolizeiliche Festzug erlaubt; den schlecht gemeinten Arbeiterturnern dagegen wird ein den Verkehr nicht störender kleiner Zug verboten. Das wäre zwar „verkehrspolizeilich“ übermäßig, gäbe aber doch eine genaue Erklärung ab. Doch die Polizei beruft sich nicht auf parteipolitische Gründe sondern ausdrücklich auf die verkehrspolizeilichen. Und die Polizei kann nicht lügen; ein Schriftführer liegt gleichfalls nicht vor. Der Verkehr wird aber höchst als dringend erachtet, nicht etwa verkehrspolizeiliche Gründe daraus zu machen.)

Da steht man nun da mit dem gleichen Recht aller Preußen vor dem Gesetz in der Hand und kommt doch nicht über die verkehrspolizeilichen „Gründe“ des Polizeioberinspektors Weydenmann hinweg. Man ist eben ein Turner im Denken. Die Arbeiterturner dagegen verziehen sich zum Glück aus Vorkriegszeiten. So wird es ihnen wenigstens gelingen, die „verkehrspolizeilichen Gründe“ zu überbrücken, während alle springunfähigen Menschenfinder sich in den Gedanken vom gleichen Rechte aller Preußen vor dem Gesetz hineinziehen, bis sie selbst schließlich ganz verdoht sind. Und das hat mit seinen „verkehrspolizeilichen Gründen“ Herr Weydenmann getan.

Zur Lohnbewegung der Bauarbeiter.

Situationsbericht der Zimmerer. Heute sind zehn Mann zu den neuen Bedingungen in Arbeit getreten. Die Zahl der Streikenden vermindert sich tagtäglich, so daß sich dadurch die Fälligkeit der Kampfes umfänglicher gestaltet. Andererseits ist durch die Abschmung der Beschäftigung der Arbeitstätigkeit durch den Arbeitsvertrag bei den im Streit stehenden Arbeiter noch mehr Erbitterung eingetreten. Ein Teil derjenigen Arbeitgeber, welche ein Entgegenkommen zeigen wollen, werden durch die Einarbeitung verhindert. Daß sich das Bild bald ändert, dafür sorgen die Verhältnisse. Die Zimmerer streiker geraten in eine missliche Lage, indem sie für ihre Streikbrecher nicht genügend Arbeit haben und diese bald hinauswerfen müssen, so wird uns wenigstens aus gut unterrichteter Quelle mitgeteilt. Doch einige Unternehmer nach früheren Jahren diesmal aus ausüblichen Arbeitskräfte heranziehen, gehört zur Natur des „Herrn im Hause“. Man hätte sich für lieber Hunderte von Mark stellen, als man Pleinente für ihre Streikbrecher zu zahlen.

Eine schimpfliche Handlungsweise begeht die bekannten Arbeitsmittler Zimmerer Koch und Weiser, die an dem Neubau des Kaufmanns Heyer, Heilstraße (reusen im alten Niederlagsgelände) Schloßräume für fremde Hausbesitzer errichten. Wie man dies als ehemals langjährige Organisierte fertig bringt, ist fast ungläublich, beweist aber,

daß solchen Leuten die Organisation heute noch ein Buch mit sieben Siegeln ist.

Die beim Baumunternehmer Weimar, obere Schönigstraße, zu den neuen Bedingungen beschäftigten beiden Zimmerer Wiegmann und der Schwager des Unternehmers fühlen sich trotz nochmaliger Aufforderung nicht bemüht, Arbeitsstellen im Streikbureau zu holen. Aus diesem Grunde wird dieser Bau genau so betrachtet als jeder andere mit Streikbrechern besetzte Bau.

Alte Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(S. S. Nr. 20 in Hamburg.) Die Generalversammlung obiger Klasse findet zurzeit in Weidenburg am 23. und 24. Mai. Die Delegierten der 180 Delegierte. Zur Regelung der Gesundheitsfrage der Bureauangestellten soll einer derselben auf die Generalversammlung berufen werden, um die Rechte der Angehörigen zu vertreten. Dann würde in der Nachmittags Sitzung des ersten Sitzungstages nach dem Bericht des Vorstandes, des Schiedsgerichtes und der Medizinalkommission entgegengedungen. Die Anträge, die Zahl der Delegierten zur Generalversammlung zu verringern, werden nach längerer Debatte abgelehnt.

Am zweiten Tage kam der Hauptpunkt der Generalversammlung, die Statutenänderung, zur Beratung. Besonders der § 10, Absatz 6 gab zu längeren Aussprachen Anlaß. Die Statutenberatingskommission, über deren Tätigkeit Holz-Dresden Bericht erstattete, hat die Anträge des Vorstandes ganz wesentlich verbessert. Der Hauptvorwand wird ob seiner Stellungnahme von allen Seiten heftig angegriffen. Schließlich wird aber die Verhandlung verlegt.

Was sind gesundheitsgefährdende Geräuße?

Diese Frage wurde zwar in einem Prozeß vor dem Oberverwaltungsgericht angeht, aber nicht beantwortet. In die Firma „Berndt“ zu Halle a. S. (Waldstr. 100-101, d. d.) hatte die Unternehmung eine Verfassung ertan, durch die ihr unter Androhung einer Strafe aufgegeben wurde, bestimmte Betriebsbedingungen vorzunehmen, damit das mit gewissen Fabriken verbundene gesundheitsgefährdende Geräusch von den Anwohnern nicht mehr empfunden werde. Es handelte sich um das an die Straße anstoßende Haus Labenbergstraße 3, dessen Besitzer sich beschwert hatte. Zum Teil wurden die polizeilichen Anordnungen befolgt. Da aber das Wandborgelege einer Transmission, das verlegt werden sollte, an der alten Stelle belassen worden war und gewisse Geräusche im Nachbargaue noch stark empfunden wurden, so legte die Polizei die angeordnete Strafe von 50 Mk. fest und gab der Firma zugleich aufs neue die Verlegung der Transmission auf.

Nummer 118. Die Firma im Verwaltungsverfahren. Sie machte geltend, die noch verbleibenden Geräusche seien sehr gering und die Verlegung der Transmission würde nichts ändern. Der Arbeitstag müßte nochmals geräumt werden. Zu übrigen aber müßte unvermeidliche Geräusche sich gestalten lassen, wie sich neu einer Fabrik anfühle. Das gelte auch von dem Eigentümer des Hauses Labenbergstraße 3. Dieser habe gerade wegen der Nähe der Fabrik das Grundstück billig erworben. Trotzdem habe er die Fundamente und die Giebelwände beim Bau seines Hauses ungenügend ausbilden lassen. So erklärte sich die Übertragung der Geräusche; Nacharbeit finde nicht statt.

Der Bezirksaussschuß zu Merseburg wies die Klage ab und führte aus: Die Behauptung, daß gesundheitsgefährdende Ge-

tenor... Kerl, nehmen Sie mal die Huden zusammen, Helm auf und schwören Sie mal schön! Der betreffende Soldat hätte sicherlich geglaubt, sich einer Gehörlosungsverweigerung schuldig zu machen, wenn er diesen Belohnungsbefehl nicht abgelehnt hätte. Der Soldat, der die Belohnungsbefehle nicht abgelehnt hätte, und die Belohnung bereits den ihm ausgesetzten Eid vor ihm geleistet habe. — Nach der Zivilprozessordnung ist da allerdings nicht recht verfahren worden, denn nach deren Bestimmungen kann die Eidesleistung erst nach der Rechtshandlung des Eides, das ist einen Monat nach seiner Ausfertigung, und nach beendeter Eidesleistung, erst nach dem Eide, vor der Prozessführung oder erst nach dem Eide, aber nie vor einem Zeugniss, selbst vor einem Gabelmann nicht. Dieser Auffassung war auch der Richter, dem im übrigen das Urteil und die fassende Eidesleistung, so wenig gelang, daß er schließlich den Streitigen gegen den Richter, aber nie vor einem Zeugniss, selbst vor einem Gabelmann nicht. Dieser Auffassung war auch der Richter, dem im übrigen das Urteil und die fassende Eidesleistung, so wenig gelang, daß er schließlich den Streitigen gegen den Richter, aber nie vor einem Zeugniss, selbst vor einem Gabelmann nicht.

Die Jungfrau von Magdeburg. Der Franz. Log. teilt uns aus Magdeburg folgende Geschichte: Die Stadt Magdeburg führt als Wappenstein ein Stadtwapp, das von zwei Türmen flankiert wird. Zwischen diesen Türmen sieht man den Löwe eines Frauengestalt, angeblich eine Jungfrau, die in der Reichs- und Kaiserzeit die Magdeburgerin hieß. Die Bedeutung dieses Wappensymbols, die die Jungfrau von Magdeburg, ist bisher nicht gelungen. Man versuchte zwar, die Gründung der Stadt bis auf Cäsar zurückzuführen und Namen und Wappenstein aus dem Venus- und Jungfrauenkult zu deuten. Die Geschichtsforschung konnte diesen Versuch jedoch in keiner Weise unterstützen. Nur geringen Fall hat ein anderer Ansicht, der die Jungfrau von Magdeburg als die Tochter der Magdeburgerin, die die Jungfrau von Magdeburg, ist bisher nicht gelungen. Man versuchte zwar, die Gründung der Stadt bis auf Cäsar zurückzuführen und Namen und Wappenstein aus dem Venus- und Jungfrauenkult zu deuten. Die Geschichtsforschung konnte diesen Versuch jedoch in keiner Weise unterstützen. Nur geringen Fall hat ein anderer Ansicht, der die Jungfrau von Magdeburg als die Tochter der Magdeburgerin, die die Jungfrau von Magdeburg, ist bisher nicht gelungen.

ter Kaufmann aus Goslar, der das erkrankte Mädchen später in Goslar verheiratete und es dabei recht ausstellte. Im Jahre 1387 arrangierte Erzbischof Albrecht IV. ein ähnliches Turnier, das nach den Chronikern ebenfalls stattfand. Diese Lage würde sich von diesem Kampf erang ein Kaufmann aus Goslar, die als Preis ausgelegte Jungfrau.

„Ach, du lieber Augustin!“ Ueber dieses allbekannte Lied weißlichst Altbau Goller im Waisen- und Waisen- & Waisen- Manufaktur eine hübsche feine Skizze. Danach war der Verfasser des Liedes ein Wiener Volkslied, der seit der zweiten Türkenbelagerung. Ein lustiger, toller Geisel, von dessen Tieren aber wenig bekannt ist, als nachfolgendes Geschickchen: Kun begann es sich aber zu teilen, daß die Leute auf den Straßen hinfanden wie die Hirsche, teils an der Welt, die damals schrecklich mißete, teils am Hungerlappus, teils auch an den Verwundungen durch die Geschosse der Belagerer. Mächtig machten die Leute der Stadt- Guardia die Runde durch die Straßen, um die Leuten anzufassen und diese dann ohne viele Umstände einzuschleusen. So wurde einmal auch Augustin aufgelesen, zu vielen Zeichen auf den Karren geworfen, der nun nach dem Friedhof fuhr, wo sie begraben werden sollten. Augustin war aber nicht tot, er hatte nur wieder einmal ein wenig über den Dacht getrunken, und das Rumpeln des Wagens brachte ihn zu sich. Auf seine Anfrage, was nun eigentlich mit ihm geschehen sollte, erhielt er die Auskunft, daß das doch keine klare Sache sei. Er sollte begraben werden. „Aber ich bin ja gar nicht tot!“ schrie er entsetzt. Die Männer der Stadt- Guardia, die selbst nicht unerschrocken angekommen waren, erwiderten auf den Einwurf des Geiseln: „Das könnte jeder sagen!“ Der Artikel bringt die beiden Versionen, in denen das Lied heute noch fortlebt. Da eigentlich nur die erste Strophen allgemein bekannt ist, wird es interessieren, die ganze Fassung kennen zu lernen:

O, du lieber Augustin,
’s Geld ist hin, ’s Weisheit ist hin,
O, du lieber Augustin,
Alles ist hin!

Wär schon des Lebens quit,
Dätt ich nit noch Kredit,
Wär so feig Schritt für Schritt
Mit der Kredit!

Ha, und selbst ’s reiche Wien
Ist nit ’s reiche Wien
Nur ein großes Reichtum,
Das ist der Welt!

Jeden Tag war sonst ein Feil,
Nest aber hab’n wir die Peil!
Nur ein großes Reichtum,
Das ist der Welt!

O, du lieber Augustin,
Leg nur ins Grab dich hin,
O, du mein herrliches Wien,
Alles ist hin!

